

## **Bebauungsplan Nr. 431 „Reitstall Daub“**

der Universitätsstadt Siegen

im Stadtteil Breitenbach

### **Abwägung der Anregungen und Hinweise aus den Stellungnahmen**

aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB  
und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB

Stand 17.02.2022

Hinweis:

Der vollständige Inhalt der Stellungnahmen im Wortlaut des Originals ist der Anlage „Stellungnahmen zum B-Plan“ der Verwaltungsvorlage zum Satzungsbeschluss zu entnehmen.

**Abwägung zur Frühzeitigen Beteiligung** der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TÖB)  
gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB

### Stellungnahmen der Behörden und TÖB

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
1	28.02.2019	Amprion GmbH	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
2	06.03.2019	Siegener Versorgungs- betriebe GmbH	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
3	08.02.2019	Unitymedia NRW GmbH	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
4	08.02.2019	BIL e.G. Die Leitungsaus- kunft	Keine Anregungen. Hinweis, dass die Anfrage an weitere Teilnehmer zur Beantwortung weitergeleitet wurde.	▪ Entfällt
5	12.02.2019	PLEdoc GmbH	Keine Betroffenheit sowie Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
6	01.07.2019	Telekom, Trassenauskunft Kabel	Hinweis zum Bestand und Verlauf von Telekommunikationslinien sowie zur Gewährleistung des Betriebs der vorhandenen TK-Linien. Hinweis zur Anpassung der Verkehrswege an die TK-Linien, um eine Verlegung zu vermeiden. Hinweis zum Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen".	▪ Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
7	11.04.2017	Westnetz GmbH, Internet Planauskunft	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ Entfällt
8	12.02.2019	Where2Dig, Auskunft Netzbetreiber	Keine Anregungen oder Hinweise.  Die hinterlegten Netzbetreiber sind nicht betroffen.	▪ Entfällt

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
9	03.07.2019	Wasserverband Siegen-Wittgenstein	Keine Betroffenheit, Anregungen oder Hinweise.	<ul style="list-style-type: none"> <li>Entfällt</li> </ul>
10	29.07.2019	Kreis Siegen-Wittgenstein Amt für Bauen und Im- missionsschutz	<p><u>Unteren Wasserbehörde</u></p> <p>Hinweis zur wasserrechtlichen Situation bzgl. der Abwasserbeseitigung. Beseitigung der häuslichen Abwässer mittels vollbiologischer Kleinkläranlage mit Einleitung in das Grundwasser.</p> <p>Hinweis zu die gesetzlichen Vorgaben des Landeswassergesetz (LWG, § 46 (1) Nr. 1-6) und zur Pflicht zur Beseitigung des Abwassers durch die Gemeinde. Anregung, wie die den gesetzlichen Vorgaben entsprechende Abwasserbeseitigung durchgeführt werden soll.</p> <p><u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde</u></p> <p>Unterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Anregungen und Hinweise werden zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben. Beteiligung im weiteren Verfahren fortführen.</p> <p><u>Untere Naturschutzbehörde</u></p> <p>Anregungen zur ökologische Bilanzierung</p> <p>Anregung zur Aufnahme von bereits durchgeführten Ausgleichspflanzungen im Zuge von Bauvorhaben zur Berücksichtigung in der Planung</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Der Anregung wird entsprochen.</b> Aussagen zur Abwasserbeseitigung und Abwasserbeseitigungspflicht wurden in der Begründung ergänzt. Siehe Punkt 3.5 der Begründung.  Zur Beseitigung der häuslichen Abwässer erfolgt die Anbindung an das öffentliche Kanalnetz durch den Vorhabenträger bis spätestens zum 30. April 2026 (Ablauf der wasserrechtlichen Erlaubnis für die Kleinkläranlage und damit der Freistellung der Stadt Siegen von der Abwasserbeseitigungspflicht).</li> <li>Entfällt</li> <li><b>Der Anregung wird entsprochen.</b> Die Bilanzierung wurde nach Abstimmung mit dem UNB angepasst. Die Bilanzierung wird im Umweltbericht sowie in der Begründung erläutert.</li> <li><b>Der Anregung wird entsprochen.</b> Die in Verbindung mit bereits erfolgten Baumaßnahmen stehenden Ausgleichspflanzungen werden in die Planzeichnung als Flächen zum Schutz, zur Pflege und</li> </ul>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<p>Anregung zur Prüfung von weiteren Ausgleichsmaßnahmen innerhalb des Plangebietes.</p> <p>Anregung zum Hinweis „Artenschutz“ bezüglich der Schaffung von Nisthilfen für Vögel sollte als Festsetzung formuliert werden.</p>	<p>zur Entwicklung von Natur und Landschaft festgesetzt. Sie werden als Erhaltungsmaßnahmen E1 bis E8 festgesetzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Weitere Ausgleichsmaßnahmen, v.a. auf den umliegenden Weideflächen, sind nicht umsetzbar, da diese Flächen insbesondere für den Futteranbau sowie Auslauf der Pferde erforderlich sind. Zur Kompensation der Maßnahmen wird daher auf durch den Vorhabenträger bereits durchgeführte Maßnahmen zurückgegriffen, die als Ökopunkte beim Kreises SiWi hinterlegt sind.</li> <li>▪ <b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Ein Eingriff in den Baumbestand ist nicht geplant bzw. vorgesehen, so dass hier keine Erforderlichkeit für eine Festsetzung besteht. Alle im Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen sind nach § 9 BauGB zu treffen und dürfen nur aus städtebaulichen Gründen erfolgen, womit in der Regel bodenrechtliche Gründe verbunden sind. Darüber hinaus gehende Maßnahmen, wie die Anbringung von Nistkästen oder Baufeldfreimachung zu bestimmten Zeiten (außerhalb der Brutzeit) weisen diesen städtebaulichen Bezug nicht auf. Es besteht daher keine rechtliche Grundlage für diesen Festsetzungswunsch. Dadurch, dass die Zugriffsverbote allgemeingültig sind, ist eine konkrete Prüfung unmittelbar vor der Bautätigkeit, d. h. außerhalb des Bebauungsplanverfahrens, sowieso durchzuführen. Erst wenn dann konkrete Fortpflanzungs- und Ruhestätten betroffen</li> </ul>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<p>Anregung zu „8. Pflanzgebot“ der textlichen Planfestsetzungen bezüglich einer bindenden Festsetzung zur Anpflanzung einer Baumreihe an der „Netphener Straße“/„Assbergstraße“.</p> <p>Angeregt wird die Hinzunahme von Fassaden- und Dachbegrünungen zumindest als textlicher Hinweis bezüglich der Bauwerksgestaltung.</p> <p>Hinweis zum Landschaftsplan und möglichem Widerspruchsvorbehalt aufgrund noch nicht vollends ausgearbeiteten Unterlagen im Zuge des zugehörigen Flächennutzungsplanverfahrens</p> <p><u>Fachgebiet Immissionsschutz</u></p> <p>Aus der Sicht des Immissionsschutzes werden keine weiteren Anregungen vorgebracht.</p>	<p>sind, sind Maßnahmen in Form von künstlichen Nisthilfen oder Ersatzquartieren erforderlich. Daher reicht der bestehende Hinweis.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Eine städtebauliche Anforderlichkeit für die Anpflanzung einer Baumreihe an der „Netphener Straße“ und „Assbergstraße“ ist nicht gegeben. Die mögliche Anpflanzung ist eher ein Ansinnen bzw. Vision des Vorhabenträgers. Daher wird diese nicht als Bestandteil der Planung geführt und entsprechend nur als Empfehlung / Hinweis aufgenommen. Durch die Festsetzungen zum Erhalt von Gehölzen und Gehölzstrukturen wird der landschaftlichen Wirksamkeit genügend Rechnung getragen. Im Rahmen einer Pferdebeweidung sind die Flächen üblicherweise wegen Verbiß gehölzfrei.</li> <li>▪ <b>Der Anregung wird entsprochen.</b> Eine Begrünung von Fassaden- und Dachflächen wird als Empfehlung als Hinweis in den BPlan aufgenommen.</li> <li>▪ <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b> Die Unterlagen wurden im Weiteren final ausgearbeitet, so dass eine abschließende Bewertung der Sachlage durch die UNB erfolgen kann.</li> <li>▪ <b>Entfällt</b></li> </ul>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
11	09.07.2019	Naturschutzbund Deutschland, NABU-Siegen-Wittgenstein	<ul style="list-style-type: none"> <li>Anregung zur Aufnahme als Festsetzung der Hinweise zum Artenschutz als Muss-Bestimmung.</li> <li>Anregung den Hinweis „8. Pflanzgebot“ aufgrund der Bedeutung für das Landschaftsbild festzusetzen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Auf der Ebene der FNP- und Bebauungsplanung wird eine Artenschutzprüfung durchgeführt. Hiernach ergibt sich keine Erforderlichkeit für weitere Maßnahmen, wie eine vertiefende Prüfung (ASP 2), da durch die Planung keine artenschutzrechtlichen Tatbestände ausgelöst werden. Es werden zur Reduzierung der Eingriffe Vermeidungs- und Erhaltungsmaßnahmen festgesetzt, die auch dem Artenschutz dienen, da dadurch bestehende Grün- und Freiräume und damit Brut- und Lebensquartiere gesichert werden. Eine darüber hinausgehende Festsetzung ist nicht erforderlich, u.a. da keine artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote durch die Planung ausgelöst werden. Das BNatSchG gilt grundsätzlich, so dass eine abschließende Prüfung grundsätzlich auf der Ebene der konkreten Bauausführung durchzuführen ist. Des Weiteren fehlt es bei der des fehlenden bodenrechtlichen Bezugs nicht erfolgen. Siehe hierzu auch die Abwägung zur Stlg. Nr. 10 (Kreis UNB 27.07.2019 Anregung Artenschutz und im LBP / ASP I Kapitel 4.2.2.)</li> <li><b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Es werden Vermeidungsmaßnahmen und Erhaltungsmaßnahmen festgesetzt.</li> </ul>
12	30.07.2019	Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 35, Städtebau, Bauaufsicht,	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hinweis zur Wohnnutzung in einem Sondergebiet, das der Erholung dient (Wohnen nur temporär zulässig, Dauerwohnen unzulässig).</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b></li> </ul>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Empfehlung zur Darstellung eines sonstigen Sondergebiets bzw. einer sonstigen Sonderbaufläche gemäß § 11 BauNVO.)</li> <li>▪ Anregung zur textlichen Festsetzung Nr. 3.2: Eine abweichende Bauweise muss im B-Plan konkret festgesetzt bzw. definiert werden.</li> <li>▪ Anregung zur Begründung: Für die Zweckbestimmung der landwirtschaftlichen Flächen sollten städtebauliche Gründe i.S.d. § 1 Abs. 3 BauGB ergänzt werden.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Anregung wird entsprochen.</b> Die Festsetzung wird geändert in „Sonstiges Sondergebiet“ (SO) nach § 11 Abs. 1 BauNVO mit der Zweckbestimmung „Reiterhof mit ergänzenden Nutzungen“. Die landwirtschaftliche Nutzung des Betriebs mit Pferdehaltung steht im Vordergrund der Planung, ergänzt mit gastronomischen Angeboten (Hofcafé) und der Möglichkeit für fremdenverkehrliche Angebote (Ferienwohnungen).</li> <li>▪ <b>Der Anregung wird entsprochen.</b> Die Begründung wird ergänzt. Als abweichende Bauweise wird definiert: Zulässig sind Hallen- und Stallgebäude über 50 m Länge mit Grenzabstand und Hallen- und Stallgebäude unter 50 m Länge ohne Grenzabstand. Größere zusammenhängende Bestandsgebäude, wie die Reithalle oder der große Stall südöstlich der Reithalle im SO 3 weisen eine Länge von über 50 m und seitlichen Grenzabstand auf. Dies stellt eine abweichende Bauweise dar. Aufgrund dieser Vorprägung wird in SO 1 und SO 2 eine abweichende Bauweise festgesetzt, da ein möglicher Neubau ebenfalls die o.g. Rahmenbedingungen aufweisen könnte.</li> <li>▪ <b>Der Anregung wird entsprochen.</b> Der Inhalt wird in der Begründung ergänzt und die landwirtschaftlichen Flächen entsprechend der Nut-</li> </ul>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<ul style="list-style-type: none"> <li>Hinweis: Die Artenschutzprüfung liegt nicht in vollem Umfang vor.</li> </ul>	<p>zung „Reiterhof“ mit der Zweckbestimmung „Weideland“ festgesetzt.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b></li> </ul> <p>Die Prüfung wurde im Weiteren fertiggestellt und liegt als gesonderter Teils des Umweltbericht vor.</p>
13	10.07.2019	Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6, Bergbau und Energie in NRW	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Anregungen oder Hinweise.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Entfällt</b></li> </ul>
14	12.07.2019	Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Bedenken. Es werden Hinweise zur Pflicht zur Abwasserbeseitigung gem. Landeswassergesetz NRW bzw. der aktuell gültigen Ausnahmeregelung sowie zur Niederschlagswasserversickerung/-einleitung vorgebracht. Hinweis zum Entfall des § 51a LWG NRW.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</b></li> </ul> <p>Die Regelung zur Abwasserbeseitigung wird in der Begründung erläutert. Zur Beseitigung der häuslichen Abwässer erfolgt die Anbindung an das öffentliche Kanalnetz durch den Vorhabenträger. Die dafür erforderliche Abwasserbeseitigungsanlage (Kanal) ist bis spätestens zum 30. April 2026 durch den Vorhabenträger herzustellen (Ablauf der Freistellung von der Abwasserbeseitigungspflicht). Hierzu wurde ein städtebaulicher Erschließungsvertrag mit dem Vorhabenträger geschlossen und das Vorhaben per Bürgschaft abgesichert.</p> <p>Die Inhalte zum Niederschlagswasser werden in die Begründung und als Hinweis in die Planzeichnung aufgenommen.</p>
15	09.07.2019	Industrie- und Handelskammer Siegen	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Anregungen und Hinweise.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Entfällt</b></li> </ul>



Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
16	10.07.2019	Landwirtschaftskammer NRW, Kreisstelle Siegen-Wittgenstein	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Anregungen oder Hinweise.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Entfällt</b></li> </ul>
17	15.07.2019	Regionalforstamt Siegen Wald und Holz	<ul style="list-style-type: none"> <li>Keine Anregungen oder Hinweise.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Entfällt</b></li> </ul>
18	12.07.2019	Siegener Versorgungs- betriebe GmbH	<ul style="list-style-type: none"> <li>Hinweis zur Versorgung mit Trinkwasser</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li><b>Dem Hinweis wird entsprochen.</b>  Die Inhalte werden in der Begründung und in die Plan- zeichnung aufgenommen.</li> </ul>

## Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
19	15.07.2019	Private Stellungnahme	Anregung zum Betrieb des geplanten Ausschanks und die bitte die Öffnungszeiten konkret festzusetzen bzw. bis maximal 22 Uhr zu begrenzen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Anregung wird entsprochen.</b></li> </ul> <p>Die Anmerkung wird berücksichtigt und die Öffnungszeiten für die gastronomische Nutzung im Außenbereich bis max. 22.00 Uhr festgesetzt. Demnach sind keine Überschreitungen der zulässigen Immissionswerte für Wohnnutzungen auf den Flurstücken 14 und 57 der Flur 2 erwarten. Die Öffnungszeiten des Ausschanks werden bis max. 22 Uhr begrenzt.</p>

**Abwägung zur **Förmlichen Beteiligung** der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange  
gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

<b>Stellungnahmen der Behörden und TÖB</b>				
<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Eingang</b>	<b>vorgebracht von</b>	<b>Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen</b>	<b>Abwägung</b>
<b>20</b>	10.05.2021	<b>Wasserverband Siegen-Wittgenstein</b>	Keine Betroffenheit sowie Anregungen oder Hinweise.	▪ <b>Entfällt</b>
<b>21</b>	12.05.2021	<b>Bezirksregierung Arnsberg -Abteilung Bergbau und Energie in NRW</b>	Keine Anregungen oder Hinweise.	▪ <b>Entfällt</b>
<b>22</b>	12.05.2021	<b>LWL - Archäologie für Westfalen</b>	Beachtung der in der Begründung unter „Denkmalpflege“ genannten Auflagen.	▪ <b>Entfällt</b>
<b>23</b>	12.05.2021	<b>Westnetz GmbH</b>	Hinweis zur Grundversorgung und zur Netzanschlusskapazität.	▪ <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>
<b>24</b>	19.05.2021	<b>Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen</b>	Hinweise zur Zuwegung zu angrenzenden land- und forstwirtschaftlichen Flächen.	▪ <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b>  Die Zuwegung zu weiteren land- und forstwirtschaftlichen Flächen wird durch die Planung nicht eingeschränkt bzw. wird durch die Festsetzung der Straße „In der Feuersbach“ als öffentliche Verkehrsfläche klargestellt.

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
25	24.05.2021	Naturschutzbund (NABU), Kreisverband Siegen-Wittgenstein	<p>Anregung den Hinweis zum Artenschutz als Festsetzung aufzunehmen.</p> <p>Anregungen zur Kompensation (Durchführung innerhalb des Plangebiets).</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Auf der Ebene der FNP- und Bebauungsplanung wird eine Artenschutzprüfung durchgeführt. Hiernach ergibt sich keine Erforderlichkeit für weitere Maßnahmen, wie eine vertiefende Prüfung (ASP 2), da durch die Planung keine artenschutzrechtlichen Tatbestände ausgelöst werden. Möglicherweise können bei konkreten Abrissmaßnahmen Zugriffsverbote ausgelöst werden, was aber dann auf der Ebene der Bauausführung entsprechend gemäß BNatSchG zu prüfen ist. Darüber hinaus fehlt es bei diesen Maßnahmen an der bodenrechtlichen Grundlage, die für eine Festsetzungsmöglichkeit Voraussetzung ist. Siehe hierzu die Inhalte zur Abwägung der Stlg. Nr. 10 und 11 aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und TÖB.</li> <li>▪ <b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Im Bebauungsplan werden Erhaltung- und Vermeidungsmaßnahmen festgesetzt, die in die Eingriffsberechnung einfließen. Darüber hinaus bietet der Hofbereich keine bis auf die soweit als Erhaltung- bzw. Vermeidungsmaßnahmen festgesetzten Grün- und Gehölzstrukturen. Weiteren Möglichkeiten für Kompensationsmaßnahmen bestehen nicht, da insbesondere die Grünflächen für Futteranbau und als Auslauf und die weiteren Flächen für den Betriebsablauf erforderlich sind. Daher wird auf vom Vorhabenträger durch bereits durchgeführte naturschutzrechtliche Maßnahmen zurückgegriffen, die im räumlichen Zusammenhang mit</li> </ul>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			Anregung zur Festsetzung der Erzeugung regenerativer Energien im B-Plan	<p>dem Eingriff stehen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Es besteht keine konkrete städtebauliche Erforderlichkeit für eine Festsetzung. Der Vorhabenträger verfügt bereits über Photovoltaikanlagen (auf Dachflächen) und ist gewillt diese auch weiterhin zu errichten.</li> </ul>
26	08.06.2021	Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB)	Hinweise zur Trinkwasser- und Erdgasversorgung und Anregung zu einer möglichen alternative Versorgung als einzelfallbezogene vertraglichen Regelung.	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Dem Hinweis wird entsprochen.</b> Der Hinweis und die Anregungen werden in der Begründung und in den B-Plan aufgenommen.</li> </ul>
27	08.06.2021	Kreis Siegen-Wittgenstein	<p><u>Untere Wasserbehörde</u> Hinweis auf Stellungnahme aus der frühzeitigen Beteiligung und Pflicht zur Beseitigung des Abwassers durch die Gemeinde auf deren Gebiet.</p> <p>Anregungen zum geplanten Vorgehen, die Erschließung durch den Vorhabenträger durchführen zu lassen und per Vertrag zu sichern.</p> <p><u>Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde</u> Keine Hinweise und Anregungen</p> <p><u>Untere Naturschutzbehörde</u> Anregung zur Verwendung von insektenfreundlichen und nachhaltigen Beleuchtungsmitteln und -techniken als Festsetzung).</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b></li> <li>▪ <b>Der Anregungen wird entsprochen.</b> Die dargelegten Anregungen werden in den für die Abwasserbeseitigung vorgesehenen städtebaulichen Erschließungsvertrag aufgenommen.</li> <li>▪ <b>Entfällt</b></li> <li>▪ <b>Der Anregung wird teilweise entsprochen.</b> Die Anregungen werden als Hinweis in den Bebauungsplan sowie in die Begründung aufgenommen. Es besteht keine städtebauliche Erforderlichkeit für eine Festsetzung.</li> </ul>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			<p>Hinweis zum Leitfaden „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Schottergärten“.</p> <p><u>Fachgebiet Immissionsschutz</u></p> <p>Keine Hinweise oder Anregungen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Hinweis zur Kenntnis genommen.</b></li> <li>▪ <b>Entfällt</b></li> </ul>
28	17.06.2021	Amprion GmbH	Hinweis zum Abstand / Freihaltebereich der Höchstspannungsfreileitung.	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b> Der Freihaltebereich wird nicht durch die Planung tangiert.</li> </ul>
29	23.06.2021	Vodafone NRW GmbH	Keine Hinweise oder Anregungen.	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Entfällt</b></li> </ul>
30	25.06.2021	Industrie- und Handelskammer Siegen (IHK)	Keine Anregungen oder Hinweise.	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Entfällt</b></li> </ul>
31	25.06.2021	Naturschutzbund Deutschland (NABU), Kreisverband Siegen-Wittgenstein ( 1. Vorsitzende)	<p>Hinweis zum Schutzzeit von Baum- und Gehölzbestand.</p> <p>Anregung zur Festsetzung von Nistmöglichkeiten und Tagesquartieren für Fledermäuse an den bestehenden Gebäuden.</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Dem Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</b></li> <li>▪ <b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b> Auf der Ebene der FNP- und Bebauungsplanung wird eine Artenschutzprüfung durchgeführt. Hiernach ergibt sich keine Erforderlichkeit für weitere Maßnahmen, wie eine vertiefende Prüfung (ASP 2), da durch die Planung keine artenschutzrechtlichen Tatbestände ausgelöst werden. Möglicherweise können bei konkreten Abrissmaßnahmen Zugriffsverbote ausgelöst werden, was aber dann auf der Ebene der Bauausführung entsprechend gemäß BNatSchG zu prüfen ist. Darüber hinaus fehlt es bei diesen Maßnahmen an der</li> </ul>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
			Anregung zur Schaffung bzw. Umsetzung eines Amphibiengewässers.	<p>bodenrechtlichen Grundlage, die für eine Festsetzungsmöglichkeit Voraussetzung ist. Siehe hierzu die Inhalte zur Abwägung der Stlg. Nr. 25 der Beteiligung der Behörden und TÖB.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ <b>Dem Hinweis wird nicht entsprochen.</b> In der Artenschutzprüfung konnte keine Betroffenheit von Amphibien nachgewiesen werden, da keine Veränderungen an der Bewirtschaftung von potenziellen Habitaten durch den B-Plan vorbereitet werden. Eine Erforderlichkeit zur Kompensation bzw. Schaffung von Amphibiengewässern besteht somit nicht. Sollte eine bauliche Veränderung an den (ab-) wassertechnische Einrichtungen stattfinden, ist, wie bereits mehrfach ausgeführt, der Artenschutz im Rahmen der Baugenehmigungsplanung zu prüfen.</li> </ul>

## Stellungnahmen der Öffentlichkeit

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
32	17.06.2021	<b>Private Stellungnahme</b>	Anregung eines Eigentümers ein an den Hof angrenzendes Grundstück in die Planung aufzunehmen, zur Arrondierung des Vorhabens mit einer Ferienwohnnutzung (alternativ ein eigenes Bebauungsplanverfahren auf den Weg zu bringen).	<p>▪ <b>Der Anregung wird nicht entsprochen.</b></p> <p>Grundsätzlich können private Belange Eingang in Bebauungspläne finden, sofern diese der Planung dienen und den anderen privaten sowie öffentlichen Belangen, dem Ziel und Zweck der Planung oder anderweitigen Vorgaben nicht entgegenstehen. Vor dem Hintergrund der Anregung, insbesondere dem Ziel und Zweck der Bebauungsplanung und den regionalplanerischen Vorgaben, kann einer Einbindung des Vorhabens in das laufende Verfahren nicht entsprochen werden.</p> <p>Der Ausgangspunkt und die Intention des Bebauungsplanes ist die Sicherung des Betriebsfortbestandes des „Reitstall Daub“ sowie die Ermöglichung von zukünftigen Betriebserweiterungen durch die Schaffung von Planungsrecht nach § 30 BauGB. Die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes samt 101. Änderung des Flächennutzungsplanes ist vom Hofbetreiber initiiert worden und wird von ihm als Vorhabenträger durchgeführt. Dies impliziert die Aufnahme aller für die Umsetzung des Bebauungsplans erforderlichen Grundstücke, insbesondere solcher, die im Eigentum des Vorhabenträgers stehen. Das Grundstück Nr. 147 ist soweit nicht für die Umsetzung des Bebauungsplanes bzw. dessen Ziele notwendig, daher wurde es nicht willkürlich ausgespart, sondern bewusst nicht einbezogen.</p> <p>Darüber hinaus wird seitens der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der landesplanerischen Beteiligung nach § 34 Landesplanungsgesetz die Ausweisung von nicht von Betriebsangehörigem genutzten Wohnraum kritisch und</p>



Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
				<p>nur unter dem Vorbehalt gesehen, dass die Entstehung einer Splittersiedlung vermieden wird. Daher wurde in Abstimmung mit der Bezirksregierung nur eine für die weitere Sicherstellung der Betriebsfortführung erforderliche Wohnnutzung (für Betriebsangehörige) sowie eine Begrenzung der möglichen Ferienwohnungen (maximal 6 Wohneinheiten) festgesetzt. Hierdurch wird gewährleistet, dass eine mögliche Ferienwohnung-Nutzung nur untergeordnet und nur in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Nutzung, nämlich dem Pferdehof, stattfinden kann. Eine darüber hinaus gehende Bereitstellung von Wohnraum, insbesondere als selbständige bzw. externe Ferienwohnung, widerspricht den regionalplanerischen Vorgaben und würde einen Abwägungsfehler darstellen.</p> <p>Hinsichtlich der Intention ein eigenes Bebauungsplanverfahren durchzuführen, wird vor den o.g. regionalplanerischen Vorgaben keine Erfolgsaussicht abgeleitet werden. Wie bereits beschrieben, wird seitens der Regionalplanbehörde die Ausweisung von Flächen für Wohnraum (auch Ferien-Wohnungen) in dem hier nach Regionalplan vorliegenden „Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich“ (AFAB) nur als Ausnahme und unter bestimmten Voraussetzungen zugestanden. So kann die Ausnahmeregelung nur „zur angemessenen Erweiterung eines vorhandenen Betriebsstandortes zum Tragen kommen“. Zudem muss ein Zusammenhang mit der landwirtschaftlichen Betätigung begründet werden und die Nutzung insgesamt weiterhin durch den landwirtschaftlichen Betrieb geprägt sein.</p> <p>Die Umsetzung einer eigenständigen Ferienwohnung durch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan löst daher aller Voraussicht nach regionalplanerische Bedenken hinsichtlich der dafür erforderlichen Flächennut-</p>

Lfd. Nr.	Eingang	vorgebracht von	Sachgemäßer Inhalt der Stellungnahmen	Abwägung
				<p>zungsplanänderung aus. Zudem ist eine sogenannte Briefmarkenplanung nur unter sehr engen Rahmenbedingungen möglich, insbesondere wenn öffentliche Belange bestehen. Diese können aus dem dargelegten Vorhaben nicht abgeleitet werden.</p> <p>Bezüglich des dargelegten „Baulandcharakters“ der Fläche kann keine Aussage getroffen werden, da die Fläche planungsrechtlich soweit im Außenbereich nach § 35 BauGB liegt und im Flächennutzungsplan als Fläche für die Landwirtschaft sowie Fläche für die Forstwirtschaft festgesetzt ist.</p>